



Nr. 206. Amts- und Anzeigebblatt für den Oberamtsbezirk Calw. 96. Jahrgang. Montag, den 5. September 1921.

Gedächtnisfeier für Erzberger in Stuttgart.
Eine Rede des Justizministers Volz.

(Stuttg.) Stuttgart, 4. Sept. Am Sonntagabend hielt die Zentrumspartei Groß-Stuttgarts und der Volksverein für das katholische Deutschland im Kuppelsaal des Kunstgebäudes eine Gedächtnisfeier für den verstorbenen Reichstagsabgeordneten Erzberger. Die Veranstaltung war überaus zahlreich aus allen Kreisen der kath. Bevölkerung der Landeshauptstadt besucht, auch Minister Graf, die kath. Geschäftsleit., Regierungsdirektor Vogt, Oberregierungsrat Beyerle u. a. waren anwesend. Der Singchor des Kath. Familienvereins „Safino“ unter Leitung von Reallehrer Müller sang drei passende Männerchöre mit ausgezeichnetem Vortrag. Ministerialrat Bucher sprach als Vorsitzender der Zentrumspartei Groß-Stuttgarts die Einleitungsworte und wies auf die furchtbare Morde des 26. August hin, die im Zentrum tiefe Trauer hervorgerufen habe. Erzbergers ganzes Leben war der katholischen Sache und dem Zentrum gewidmet. Kaplan Schlichthärle zeichnete ein warmes Bild der Persönlichkeit Erzbergers, indem er die Fragen beantwortete: Was war und was wollte er? Nach einer Schilderung der einzelnen Lebensabschnitte des Ermordeten wies der Redner darauf hin, daß seine Tätigkeit auf seiner Weltanschauung beruhte, daß er für Volk, Vaterland und Kirche sich einsetzte. Sein Verantwortlichkeitsgefühl hat ihn zu rastloser Arbeit getrieben. Sein Andenken wird bei uns im Schwabenland in Ehren bleiben und er wird vor uns stehen als ein Mann der katholischen Tat. (Beifall.)

Justizminister Volz gab in einstündiger Rede einen politischen Rückblick und Ausblick. Er führte etwa aus: Die Gedächtnisfeier für Erzberger und Kiene waren auf das Leid und die Trauer abgefaßt. Die heutige Feier fällt aus diesem Rahmen heraus. Erzberger war eine Kampfnatur. Wir wollen an seiner Bähre den Kampf aufnehmen. (Beifall.) Die Kugeln haben nicht seiner Person, sondern seiner Politik gekollert, dadurch fühlten wir uns getroffen. Die Beschimpfungen, die man ihm in das Grab nachschleudert, sind nur der Ausdruck eines schlechten Gewissens, mit der man die Tat zu beschönigen sucht. Die Deutsch-Nationalen haben in München den politischen Mord abgelehnt, aber die Mehrheit, die diese Resolution faßte, lobt die Mörder im Geheimen, die die Tat getan haben. Erzbergers Ehrenbild ist reiner als der seiner Angreifer. Die großen Linien seiner Politik waren auf die Frage abgefaßt: Wie retten wir das Reich vor Zerfall und Untergang? Zur Lösung dieser Frage hat er mehr getan als irgend einer. Seine scharfe Linksorientierung hat ihm auch Gegner in der eigenen Partei geschaffen. Man kann dies daraus erklären, daß er jahrelang in schärfstem Kampf mit der Rechten stand. Aber er war einer der befähigsten, fleißigsten und erfahrensten Männer des politischen Lebens. Der Mord an ihm ist wie ein Feuerzeichen am politischen Horizont. Er ist nichts anderes als die Wirkung eines Verleumdungsfeldzugs. Unsere Presse trifft die Verantwortung; sie ist zu sensiblen und zu nammosen. Die Pressefreiheit ist eine mühsam errungene Freiheit, aber sie darf nicht zur Schimpf- und Lügenfreiheit werden. Es ist die höchste Zeit, daß man eine andere Moral in sie hineinbringt. (Beifall.) Ich verurteile, daß man auf Grund der Reichsverordnung den Kampf einseitig gegen rechts geführt hat; die Verordnung muß nach allen Seiten gehandhabt werden. Der mühe Kampf dieser Tage erfolgt unter der Firma: „Wahre Vaterlandsliebe“. Es ist etwas Grobes um sie. Es ist eine Annäherung, daß die Rechte ihre Vaterlandsliebe als die Alleinrechte ansieht und die anderen Volksteile herabsieht, bei denen sich die Vaterlandsliebe anders äußert. Das Selbstverständliche ist heute zum Gegenstand mühsamer Arbeit geworden. Die Regierung muß alles dransetzen, um die Verfassung zu erhalten. Die Regierung muß jahrelang unter der Furcht leben, daß die bolschewistische Welle auch zu uns herüberfährt. Sie ist trotz falscher Prophezeien aufgehalten worden, und es ist etwas geschaffen worden aus dem Nichts, das einer staatlichen Ordnung gleichsieht. So faßt ich unser Staat geworden, daß er vor der bolschewistischen Welle keine Angst mehr zu haben braucht, auch wenn noch manche Erschütterungen kommen. Heute ist der Kampf gegen die Rechte in den Vordergrund gerückt. Der Mord an Erzberger und an Gareis waren der äußere Anlaß. Wenn wir sehen, wie heute auf dieser Seite durch Schilling, Frontkämpfertagung, nationalsozialistische Versammlungen, proletarisches Uniformtragen (Nylander), Paradezüge vor Prinzen und Fürsten, die Einführung der Monarchie betrieben wird von Leuten, die von einer Not des Volkes nichts wissen, so muß man sagen, daß dieses nationalsozialistische Treiben uns nach innen und außen schadet und mit echter Vaterlandsliebe nichts zu tun hat. Es ist eine bewußte Schädigung unserer Interessen nach innen und außen. Es sind ernste Männer genug in der Deutsch-Nationalen Partei; aber solange sie das nationalsozialistische Treiben von Offizieren nicht tadelt, diese Leute nicht abschüttelt und Abgeordnete, die die Hege besonders treiben, nicht ausschließt, muß ihr Einverständnis mit diesem Treiben behauptet werden. Man tut so, als ob dies der Ausgangspunkt für eine Wiedergeburt sei. Der Vorsitzende der DNVP, Herzt, er-

klärte in München, daß die Partei bereit sei, den Gehbehandschuh aufzunehmen. War er sich dessen bewußt, was dieses bedeuten würde. Es ist der Ruf durch die Presse gegangen: Die Republik ist in Gefahr! Ich möchte vom Zentrumstandpunkt sagen: Die Verfassung ist in Gefahr. Die Frage der Republik spielt eine untergeordnete Rolle. Das Zentrum hat sich mit der Frage: Republik oder Monarchie? noch nicht auseinandergesetzt. Aber wir haben die Verfassung mitgeschaffen und darin ist die Republik anerkannt. Wir stehen gegen jeden Versuch, diese Verfassung zu beseitigen. Dabei ist unseren Freunden unbenommen, zu wünschen, es möchte einmal die Monarchie wieder kommen. Die Monarchie war nichts anderes als eine Regierungsform, die sich im Laufe der Geschichte zu bewähren hatte. Davon hängt unser Wohl und Wehe nicht ab, ob Monarchie oder Republik. Wichtiger ist die Frage: Wie kommen wir aus unserem Elend heraus? In der äußeren Politik hat man mehr Aktivität gefordert. Beim Ultimatum hat die Mehrheit des Reichstags die Frage verneint, daß die Bevölkerung die Folgen eines abgelehnten Ultimatum zu tragen bereit ist, ohne daß das Reich dabei in Brüche geht; deshalb wurde das Ultimatum angenommen. Es blieb uns nichts übrig, als der ernsthafteste Versuch, die Erfüllung zu wagen, obgleich ich persönlich es für unerfüllbar halte. Die Finanzlage ist der dunkelste Punkt in unserem Innern. Wir haben bald 400 Milliarden Schulden. Der heutige Etat wird 150 Milliarden erfordern. Wie lange können wir es noch treiben? Ich persönlich glaube nicht mehr an die Möglichkeit, unsere Finanzen zu sanieren mit den Mitteln, die man anwendet. Der Austritt der Deutschen Volkspartei aus der Regierung war das folgenschwerste Ereignis. Unabhängige und Sozialdemokraten kommen sich immer näher im Kampfe, den die Rechte herausbeschworen hat. Das ist für die bürgerlichen Parteien kein erfreuliches Ereignis. Das Zentrum hat die Aufgabe, den Reichswagen in der Mitte zu lenken. Dazu gehört der Mut zu einer unpopulären Politik. Mit Gefühlsduselei, mit sozialistischen und nationalsozialistischen Phrasen ist keine Politik zu machen. Wir haben den Willen, auch jetzt die Ruhe zu bewahren. Die Aufgabe des Zentrums wird um so größer durch das Verlangen der großen bürgerlichen Parteien. Die Demokratie war in allen großen Fragen zerfallen. Die DNVP, wünsche ich wieder in der Regierung. Die DNVP treibt gefühllos Hege und Sabotage. Sie läßt an der neuen Staatsform nichts Gutes und verächtlich sich an ihrem Programm, da sie für Recht und Ordnung kämpfen will. Der Grund dieses Verhaltens der bürgerlichen Parteien ist die Angst um den Bestand der Partei. Wir sind in eine Sekretärs- und Syndikatswirtschaft hineingeraten. Das Wirtschaftsparlament ist ein untaugliches Instrument, ein schamloser Egoismus ist in Wirtschaft und Politik eingezogen. Zum Schluß behandelte der Redner noch die Lenkungsstelle und gab der Hoffnung Ausdruck, daß der Weg des deutschen Volkes, wenn auch unter schweren Erschütterungen, wieder zur Höhe führt.

Zur innerpolitischen Lage.
Der Reichskanzler über die Stellungnahme Bayerns.

Berlin, 3. Sept. Der Ueberwachungs-ausschuß des Reichstags setzte heute seine Beratungen über die Aufhebung des Ausnahmezustandes in Bayern fort. Dr. Beyerle (Bayr. VP.) begrüßte die Momente der sich anbahnenden Beruhigung und Entspannung in den Beziehungen zwischen dem Reich und Bayern. Was den bayerischen Ausnahmezustand betreffe, so sei dieser absolut nicht verfassungswidrig. Die Notwendigkeit des Ausnahmezustandes in Bayern sei erwiesen. Er habe lediglich den Zweck, Gewalt zu bekämpfen, komme sie von links oder rechts. Aber es sei unmöglich, von Berlin aus die Zustände in Bayern zu meistern. Die Verstärkung der Spannung sei die unvermeidliche Nachwirkung der Ueberuniformierung der Reichsverfassung. Reichskanzler Wirth erwiderte u. a.: Abgeordneter Beyerle hat insbesondere behauptet, daß die Plakatzensur in Bayern durch den Belagerungszustand als notwendig dargetan sei. Darf ich Ihnen ein Plakat überreichen, das mir vorher überwiesen wurde? Dieses Plakat richtet sich gegen einen Toten! Es beginnt mit den Worten: Nationalsozialistische Arbeiterpartei! Erzberger ist tot! Deutschland hüllt sich in Trauer. Warum? Und dann kommen 22 Angriffe gegen Erzberger. Es heißt z. B.: Erzberger unterzeichnete in Spaa den unerhörten Friedensvertrag, gibt aber der Nation von 34 Punkten nur 18 bekannt. Das ist jedoch ein vollendeter Unsinn. Erzberger war gar nicht in Spaa. Weiter heißt es in dem Anschlag, daß Erzberger eigenmächtig den Franzosen 100 Milliarden Goldmark anbot. Dabei war Erzberger gar nicht in Versailles. So wird also Unsinn auf Unsinn gehäuft, daß jedes politische Kind sich sagen muß, daß das alles nur eine Schmähung gegen den Toten sein soll. Kann der Abgeordnete Beyerle behaupten, hier sei bei der Plakatzensur, die er für notwendig erachte, nicht mit doppeltem Maße gemessen wor-

den? In dieser Beziehung liegt noch reichliches Material aus München vor. Aber ich will verständliche Worte sprechen. Wir wollen die Angelegenheit friedlich zu Ende führen. Der Schritt, von dem ich gesprochen habe, ist bereits erfolgt. Wir haben bereits gestern mittag eine Besprechung mit den beauftragten Herren aus Bayern abgehalten. Es waren anwesend Staatssekretär Schweyer, Gesandter v. Preger und als Beauftragter der bayerischen Koalitionsparteien der Abgeordnete Dr. Durr. Wir haben die Lage, wie sie sich im Reich und in Bayern ergeben hat, eingehend und sachlich miteinander durchgesprochen. Alle 3 Herren aus Bayern haben mir mitgeteilt, daß sie gerne bereit sind, sofort in Verhandlungen einzutreten. Es hat sich aber bei der Besprechung herausgestellt, daß noch eine Reihe von Mißverständnissen vorhanden war, die erstklärt sind, weil die Ausführungsbestimmungen zur Verordnung des Reichspräsidenten den Herren aus Bayern noch nicht bekannt waren. Es ist notwendig, diese Ausführungsbestimmungen in allen Einzelheiten mit den Herren durchzusprechen und auch dem bayerischen Staatsministerium Gelegenheit zu geben, zu ihnen Stellung zu nehmen. Ich glaube auch, sagen zu können, daß die nach der gestrigen Besprechung noch vorhandenen Differenzen nach meiner Auffassung gegenüber der großen Frage, die zur Diskussion steht, soweit zurücktreten, daß es merkwürdig zugehen müßte, wenn man nicht rasch zu einer Einigung kommen könnte. Infolgedessen habe ich den Herren aus Bayern angeboten, daß die bayerische Staatsregierung zunächst in den kommenden Tagen auf Grund des Berichtes, den die Herren in München erstatten wollen, zu dieser Angelegenheit Stellung nehmen soll und daß wir dann anfangs nächster Woche hier in Berlin wiederum zusammenkommen wollen, um die Beratungen, wie ich hoffe, zu einem guten Ende zu bringen. Die bayerischen Herren haben dieser meiner Anregung zugestimmt und werden sich spätestens am Mittwoch mit uns zu dieser Beratung zusammenfinden. Ich glaube bestimmt, daß wir zu einem guten Ende kommen werden und ich möchte besonders hervorheben, daß die bayerischen Koalitionsparteien willens sind, diese Verhandlungen zu fördern. Ich wäre deshalb dem Ausschuss sehr dankbar, wenn er im Hinblick auf diese Verhandlungen, die ja die Sache nur um wenige Tage hinauschieben können, von einer Beschlußfassung heute absehen wollte.

Der Reichskanzler für ein Gesetz zum Schutze der politischen Anschauung.

Berlin, 5. Sept. In einer vom Wahlkreisverband des Zentrums in die Berliner Stadthalle einberufenen Versammlung hielt Reichskanzler Dr. Wirth eine Rede, in der er gegen die Verleumdungen Erzbergers Stellung nahm. Weiter erklärte er, er hoffe für diese Woche auf eine freundschaftliche Einigung mit der bayerischen Regierung. Er betonte die Notwendigkeit, die Republik gegen Angriffe von rechts zu schützen und sagte laut „Berliner Montagsspost“: Wir brauchen ein Gesetz, und ich will mich dafür einsetzen, daß es schnell kommt, das die Ehre unserer Mitbürger, die im politischen Kampf stehen, schützt, genau so, wie das in England und anderen parlamentarisch regierten Ländern schon längst der Fall ist. Weiterhin erörterte er die Verdienste Walter Rathenaus. Er schloß, indem er darauf hinwies, daß Deutschland nur auf demokratischer Grundlage gesund werden könne. Von dieser Republik werde er um keinen Schritt abweichen. Er sei bereit, gegen die Reaktion alle staatlichen Maßmittel einzusetzen.

Ein Aufruf der badischen Regierung.

Karlsruhe, 3. Sept. Die badische Regierung hat an das badische Volk einen Aufruf gerichtet, in dem unter Hinweis auf die Gefahr der Spannung der politischen Gegensätze im Reich infolge der Ermordung Erzbergers und die von der Reichsregierung getroffenen außerordentlichen Maßnahmen gesagt wird, daß diese die volle Zustimmung der badischen Regierung finden und von ihr mit gerechter Strenge angewandt werden würden. Das badische Volk werde auch jetzt seine Treue zur demokratischen Republik beweisen. Von den Beamten wird erwartet, daß sie jederzeit als zuverlässige Stützen der Volkregierung in bewährter Pflichterfüllung für den Schutz von Verfassung und Gesetz eintreten. Die Lehrer der Volksschulen, der höheren Schulen und der Hochschulen seien berufen, die Jugend anzuleiten zur Erkenntnis und zur Erfüllung ihrer staatsbürgerlichen Pflichten, damit sie in Achtung vor der vom Volke geschaffenen Republik fähig werde zur Mitarbeit am Wiederaufbau des Vaterlandes. Die Regierung werde ihre ganze Kraft einsetzen im Vertrauen auf die Unterstützung des badischen Volkes, um in verfassungsmäßiger Zusammenarbeit mit der Reichsregierung die dem inneren Frieden Deutschlands drohende Gefahr abzuwenden und die Ordnung in unserem Heimatlande zu schützen.

mer
berger
Calw
Ebingen
und Frau Hilde,
geb. Meißner.
bühne der Welt, 200 m
Leitung u. Mitwirkung
u. Indarsteller Gebr.
u. Gg. Fassnacht, unt.
Grundlegung des alten
erammergauer Urtextes
urg i. Br.
thhart, Freiburg i. Br.
alten Preisermässigung.
S können Sie
gehen, wenn Sie
Hosen
tragen von
Magold.
Kohreiche sichere
Ergebnisse bei Eignung.
Altbekannte, überall
eingeführte Firma
für gangbare, wer-
tvolle Haushaltung-
artikel für Stadt und
und ländliche, tüchtige,
dunionsfähige
Persönlichkeit,
herr oder Fräulein
Bezirksvertreter gegen
sh. Provisionsvergütung
e vor allem mit der
ortigen Gegend bekannt.
Branchenkenntnis nicht
forderlich, Einarbeitung
folgt.
Reflektanten wollen umt.
mauer Darlegung ihrer
verhältnisse Angeb. um
Ergebnis Nr. 204 an
Geschäftsstelle dieses
lattes einreichen.
Kunstblätter
gerahmte
Bilder
Kunsthandel, Kunst-
Künstler-
Besichtig. o. Kaufz.
An- u. Verkauf
von
Wohn- u. Renten-
häuser, landw. An-
wesen, Fabriken,
w. Liegenschaften
aller Art, Be-
schaffung v. Hypo-
thekendarlehen, etc.
ermitteln streng reell,
schnell u. vorteilhaft
Immobilien-Konzern
Gebr. Ganswein,
Komm. Ges. Filiale
Hm a. D. Pionierstr. 28
Tel. 1059, laReferenzen
- Große Erfolge! -

Strefemann zur innerpolitischen Lage.

Berlin, 5. Sept. In einer Rede auf dem Wahlkreispartei-tag Magdeburg-Anhalt der Deutschen Volkspartei erklärte Dr. Strefemann, es sei notwendig, daß die Ausprägung von Banknoten nicht mehr ohne Genehmigung des Reichstags vor sich gehen dürfe. Von der Regierung verlangt die Partei unparteiische Anwendung des Ausnahmezustandes und die Herstellung geordneter Verhältnisse gegen die Willkür linksradikaler Parteien. Er wandte sich gegen den Gedanken eines Blokes der Rechten, dem eine Linksmehrheit im Reiche und den meisten Ländern gegenüberstehen würde, wodurch die Spaltung des Volkes in zwei Teile zur Dauererscheinung werden würde. Es sei nichts anderes, als eine Kompromißpolitik möglich.

Aufhebung zweier Zeitungsverbote.

Berlin, 2. Sept. Wie wir hören, ist das Verbot des „Berliner Lokalanzeigers“ und des „Tag“ durch Verordnung des Reichspräsidenten aufgehoben worden.

Zur auswärtigen Lage.

Die Truppentransporte nach Oberschlesien.

Berlin, 3. Sept. Von amtlicher Stelle wird mitgeteilt: Der Transport von 2 englischen Bataillonen und 2 durch Artillerie verstärkten französischen Bataillonen beginnt am 3. September. Es sollen im ganzen 8 Truppenzüge erfolgen und zwar am 3. und 5. je ein englischer vormittags und ein französischer nachmittags ab Vischofsheim und am 4. September 4 französische Züge.

Polen nimmt an den Beratungen über die oberschlesische Frage nicht teil.

Genf, 2. Sept. Der polnische Delegierte der Völkerbundsversammlung, Professor Astenski, machte bei dem Vorsitzenden des Völkerbunds einen Besuch, während dessen er den polnischen Standpunkt zur Frage der Teilnahme Polens an den Beratungen über die oberschlesische Frage darlegte. Er betonte außerdem diese Auffassung durch ein Schreiben an den Vorsitzenden des Völkerbunds, das folgenden Wortlaut hat: Beseitigt vom heiligen (!) Vertrauen in den Völkerbund und entsprechend der mündlichen Erklärung, die ich gestern Ew. Exzellenz gegeben habe, habe ich die Ehre, im Auftrage meiner Regierung dem Völkerbund mitzuteilen: Obgleich die polnische Regierung an dem Recht festhält, das ihr Paragr. 5 des Artikels 4 des Paktes verleiht, macht sie gegenwärtig keinen Gebrauch von diesem Recht. — Paragr. 5 des Artikels 4 besagt: Jedes Mitglied des Bundes wird aufgefordert, einen Delegierten zu entsenden, der an den Sitzungen teilnimmt, wenn eine Frage vor den Rat gebracht wird, die dieses Mitglied besonders angeht.

Clemenceau über sein Nachgeben in der oberschlesischen Frage.

Paris, 2. Sept. Havas meldet aus Nizza, Clemenceau, der gegenwärtig Corsica bereist, hielt bei seinem Empfang in Sartou eine Rede, in der er sagte: Wenn ich in der Frage der Volksabstimmung in Oberschlesien nachgegeben habe, so ist dies geschehen, weil die Mehrheit der alliierten Mächte mich dazu veranlaßt hat und weil die Volksabstimmung dem heiligen Grundsatz der Abstimmung der Völker entspricht. Dieser Grundsatz wird uns erlauben, die berechtigten Aspirationen des mit Frankreich befreundeten Polen zu schützen.

Das fakultative Schiedsgericht für die Mitglieder des Völkerbunds.

Genf, 3. Sept. Die Kommission für Abänderungsanträge zum Völkerbundsstatut, die nach ihren letzten Besprechungen in London im Juli ds. Js. hier wieder zusammengetreten ist, hat eine Abänderung dahin beschlossen, daß Streitigkeiten unter Völkerbundmitgliedern auch durch eine gerichtliche Regelung erledigt werden können. Diese Abänderung soll der Neueinrichtung des internationalen Gerichtshofes Rechnung tragen, dessen Bestehen nunmehr gesichert ist, nachdem 28 Staaten das Protokoll ratifiziert und 12 Staaten die Klausel über den obligatorischen Charakter des Gerichtshofes unterzeichnet haben.

Der Abrüstungsschwindel im Völkerbund.

Genf, 4. Sept. Unter dem Vorsitz des italienischen Delegierten Schanzer hielt gestern nachmittags die Kommission für Einschränkung der Rüstungen eine Sitzung ab, in der beschlossen wurde, die von der Unterkommission ausgearbeiteten Berichte dem Völkerbund und der Vollversammlung vorzulegen. Es handelt sich um die Berichte der Unterkommission für Statistik, die einen ausführlichen Fragebogen ausgearbeitet hat, in dem alle Regierungen Angaben machen sollen über militärische Aufwendungen usw. Hierauf folgte die allgemeine Diskussion über diese Berichte. Dabei machte der englische Delegierte Fisher die Bemerkung, daß die Vorbedingungen zu einem ehrlichen und offenen Meinungsaustrausch nicht gegeben seien, da die Vereinigten Staaten, Deutschland und Rußland dem Völkerbund nicht angehören. Es sei daher möglich, daß aus diesem Grund manche Regierung auf einzelne Fragen die Antwort verweigern werde. Dadurch würde die Autorität des Völkerbunds geschwächt. Erst wenn alle Staaten Mitglieder des Völkerbunds seien, könne dieser fragen was er wolle. Dagegen führte der italienische Delegierte Schanzer und der französische Sozialist Jouhaux aus, daß der Völkerbund eine entschiedene Aktion hinsichtlich der Einschränkung der Rüstungen unternehmen und fortsetzen müsse, zumal die Einberufung der Washingtoner Konferenz dieser Frage eine erhöhte Bedeutung gebe. Sollten einzelne Regierungen die Antwort verweigern, so könne das die Autorität des Völkerbunds nicht schwächen. Außerdem seien gemäß Art. 8 des Paktes die Regierungen zur Antwort verpflichtet. Wenn aber der Völkerbund zögere, so erwecke er in seinen Mitgliedern das Gefühl, daß sie von ihm nicht gestützt werden, was einen allgemeinen Bankrott nach sich ziehen könne. Die Abstimmung ergab 15 Stimmen für den Antrag, 3 dagegen und 1 Stimmenthaltung. Somit ist der Antrag der Unterkommission angenommen.

Statten und die Abrüstungskonferenz.

Washington, 2. Sept. Havas meldet: Italien hat offiziell die Einladung zur Teilnahme an der Abrüstungskonferenz angenommen.

Die russische Frage im Völkerbundsrat.

Genf, 3. Sept. Der Völkerbundsrat beschäftigte sich heute mit der Frage der russischen Flüchtlinge. Es handelte sich darum, die Befugnisse des zu ernennenden Oberkommissars des Völkerbunds für diese Funktionen zu skizzieren. Falls Dr. Ranfen, den man hierzu aussuchen hat, dieses Amt annimmt, wird eine neue Konferenz einberufen. Der Völkerbundsrat beschloß, dem Oberkommissar den Auftrag zu erteilen, die Wünsche dieser Konferenz genau zu berücksichtigen und darnach sein Arbeitsprogramm aufzustellen. Der Völkerbundsrat beauftragte den Generalsekretär des Völkerbunds, diese Wünsche den Mitgliedern des Völkerbunds zu übermitteln und bittet insbesondere, die Frage der Pässe, die an die russischen Flüchtlinge ausgegeben werden, zu studieren und mit den Wünschen dieser Konferenz in Einklang zu bringen. Der Generalsekretär muß diese Wünsche auch jenen Staaten übermitteln, die dem Völkerbund nicht angehören. Der Völkerbundsrat empfiehlt schließlich, daß der Oberkommissar sich an die Regierungskommissionen wende, weil die bisher vorrätigen finanziellen Mittel für die russische Hilfsaktion nicht ausreichen. — Der Präsident des Völkerbunds erklärte folgendes: Die Mitglieder des Völkerbunds erinnern sich, daß am 16. Juni 1921 auf dieser Session des Völkerbunds der damalige Präsident bezüglich der Mandate die Erklärung abgab, daß die Vereinigten Staaten eine Note nach Genf gerichtet hatten, die dahin lautete, daß das Schicksal der Kolonien und aller anderen Territorien, die unter das Regime der Mandate gesetzt werden sollen, nicht endgültig ohne die Zustimmung der Ver. Staaten gelöst werden könnten. Ferner teilte der damalige Präsident Da Cunha mit, daß man an die Ver. Staaten eine Einladung gesandt hatte, einen Vertreter nach Genf zu entsenden, daß diese Einladung aber unbeantwortet blieb. Darauf wandte sich der Völkerbundsrat an die Regierungen der verbündeten Mächte und bat sie, dahin zu wirken, daß betreffs der strittigen Punkte zwischen ihnen und den Ver. Staaten eine Einigung erzielt werde. Der Vertreter Englands erklärte, daß er diesen Schritt Da Cunchas vollständig billige; aber er erklärte ferner, daß die Großmächte eine endgültige Regelung der Mandatsfrage bringend wünschen und daß er hoffe, der Völkerbundsrat werde diese Frage jetzt im September zur Sprache bringen und eine Lösung suchen. Aus diesem genannten Grunde werden die Mandatsfragen A und B auf die Tagesordnung der kommenden Session gesetzt werden.

Die Lage in Rußland.

Helsingfors, 3. Sept. Der „Aavada“ zufolge verfügt die Sowjetregierung gegenwärtig über 9 Millionen Rubel Geld zur Ausfuhr. Sie sieht die Lage optimistisch an. Eine größere Katastrophe sei nicht zu befürchten. Die politische Lage sei unverändert.

Eine ablehnende Antwort der Iren an England.

London, 4. Sept. (Reuter.) Die Sinn Feiner haben die Friedensvorschläge Lloyd Georges abgelehnt. — Die irische Antwort, die heute abend bekannt gegeben worden ist, erklärt, daß das Volk Irlands keine freiwillige Union mit England anerkenne und das fundamentale natürliche Recht in Anspruch nehme, frei für sich selbst zu wählen, um sein nationales Geschick zu verwirklichen. Die Iren hätten sich mit überwältigender Mehrheit für die Unabhängigkeit ihrer Republik erklärt und diesen Entschluß mehr als einmal bestätigt. England handle, als ob Irland durch den Abbruch einer Union mit ihm verbunden wäre, die eine Trennung verbiete. Gestützt auf diese Theorie nähmen Regierung und Parlament in England das Recht in Anspruch, über Irland zu herrschen und ihm Gesetze zu geben, selbst bis zu dem Grade, daß sie das irische Gebiet gegen den Willen des Volkes teilten und jeden irischen Bürger, der die Untertanenpflicht ablehne, töteten oder ins Gefängnis würfen. In der Antwort heißt es weiter, daß die Iren die am 23. Juli übermittelten englischen Vorschläge, die zu fundamentaler Weise auf dem englischen Standpunkt beruhten, unwiderruflich ablehnten. Die Vorschläge seien nicht eine Einladung an Irland, in eine freiwillige Weggemeinschaft mit den freien Nationen des britischen Reiches zu treten, sondern verlangten, die Bedingungen anzunehmen, die sich aus dem endgültigen minderwertigen Status ergäben. Die britischen Dominions seien gegen eine Herrschaft Englands geschützt nicht nur durch ein anerkanntes verfassungsmäßiges Recht, das ihnen Gleichheit im Status und absolute Freiheit von der englischen Kontrolle gebe, sondern auch durch Tausende von Meilen von England getrennt. Irland werde weder die Garantien der Entfernung noch die des Rechts haben. Irland sei in zwei künftige Staaten geteilt, von denen jeder den Einfluß des anderen untergrabe und die beide der militärischen und wirtschaftlichen Kontrolle Englands unterworfen seien. Die Antwort sagt zum Schluß, daß es den Iren gestatte sein müsse, die hauptsächlichsten historischen und geographischen Tatsachen vom irischen Standpunkt aus zu betrachten. Sie seien damit einverstanden, daß ein neutraler unparteiischer Schlichter zwischen Irland und England entscheide. Die Iren würden nur Widerstand leisten, wenn die Engländer damit drohten, ihren Standpunkt mit Gewalt zu unterstützen. Drohungen mit Gewalt mühten ausgeschlossen werden, um es zu ermöglichen, daß Bevollmächtigte zusammenträten, die durch keine Bedingung gehindert werden dürften, als durch die Tatsachen selbst. Die Bevollmächtigten mühten willens sein, die Streitpunkte nicht durch einen Appell an die Gewalt zu lösen, sondern durch Bezugnahme auf einen leitenden Grundsatz, über den gemeinsames Einverständnis herrsche. Die Iren schlugen als Grundsatz vor: „Eine Regierung mit Einwilligung der Regierten“, den die Engländer immer als einen speziellen politischen Standpunkt für sich in Anspruch nähmen. Dieser Grundsatz sei die einzige Grundlage für die Beratungen der englischen und irischen Vertreter. Auf dieser Grundlage sei Irland bereit, sofort Bevollmächtigte zu ernennen. — Die irische Antwort dürfte den Konflikt stark verschärfen.

Die Kämpfe in Spanisch-Marokko.

Madrid, 2. Sept. Die verlorengegangene Position in der Umgebung von Larraich wurde von den Spaniern zurückerobert. Bei Tatuán ereigneten sich erfolglose Angriffe auf eine spanische Proviantkolonne. Aus dem ganzen Lande gehen unter

patriotischen Kundgebungen Verstärkungen nach Marokko ab. Paris, 3. Sept. Das „Echo de Paris“ meldet aus Madrid: Gestern wurde bei Melilla erbittert gekämpft. Die Ausländischen griffen unaufhörlich an, doch wurden alle Angriffe durch die Spanier abgeschlagen.

Ausland.

Außenpolitik im österreichischen Nationalrat.

Wien, 3. Sept. Der Nationalrat trat gestern nach den Sommerferien zu einer Sitzung zusammen und erteilte dem zweiseitigen Vertrag zwischen Österreich und den Vereinigten Staaten von Amerika abgeschlossenen Friedensvertrag seine Zustimmung. Das Haus befaßte sich dann mit den Vorgängen im Burgenland.

Die Beschlüsse der Finanzministerkonferenz im französischen Ministerrat.

Paris, 2. Sept. Havas meldet: Im Laufe der zweiten Zusammenkunft des Ministerrats, die heute nachmittags stattfand, hat der Ministerrat die Beschlüsse beraten, die durch die Finanzministerkonferenz vom 13. August vorgeschlagen worden waren unter dem Vorbehalt des französischen Delegierten, seiner Regierung darüber Bericht zu erstatten. Der Ministerrat war der Ansicht, daß mehrere von diesen Beschlüssen einerseits im Widerspruch ständen mit den Bestimmungen des durch die Anwendung des Versailler Vertrags aufgestellten Zahlungsstatuts und daß sie andererseits den Befugnissen der Reparationskommission Abbruch täten. Unter diesen Umständen wurde beschlossen, mit den Verbündeten die strittigen Punkte in verständlichen Geist noch einmal zu erwägen und mit ihnen solche Lösungen zu suchen, die geeignet sind, die Rechte eines Jeden im Einklang mit den Bestimmungen des Friedensvertrags und den späteren Abmachungen zu wahren. Die Regierung wird Verhandlungen in diesem Sinne antun. — Minister Loucheur erstattete über die Wiesbadener Verhandlungen Bericht.

Die Getreideernte in Frankreich.

Paris, 2. Sept. Im heutigen Ministerrat teilte der Landwirtschaftsminister Lefevre mit, daß die Getreideernte dieses Jahres nach den Schätzungen sich auf etwa 87 Millionen Zentner belaufen werde, einschließlich von zwei Millionen Zentnern aus den Departements Ober- und Unterhein und Mosel. Das stelle einen noch nie dagewesenen Durchschnittsertrag von 134 Zentnern pro Hektar dar.

Die Arbeiterunruhen in Amerika.

Washington, 2. Sept. Die Regierung hat die sofortige Entsendung von Bundesstruppen aus New-Jersey und Ohio nach Westvirginien zur Unterdrückung der Unruhen im Grubengebiet angeordnet.

Deutschland.

Die Verhandlungen über die Lohnerhöhungen der Bergarbeiter.

Berlin, 2. Sept. Im Reichsarbeitsministerium fanden gestern unter dem Vorsitz des Ministers zwischen der Arbeitgeberseite des Steinkohlenbergbaues und den Arbeitnehmerorganisationen zentrale Verhandlungen zur Regelung der schwebenden Lohnfragen statt. Nach mehr als zwölfstündigen Beratungen wurde mit Ausnahme des bayerischen Bergbaues für alle übrigen eine Verständigung über Durchschnittsjätze der vom 1. September ab zu leistenden Lohnerhöhungen erzielt. Die Verteilung der Durchschnittserhöhungen auf die einzelnen Arbeitnehmergruppen bleibt den Tarifverhandlungen in den Kohlereviere vorbehalten. Diese Verhandlungen sollen sofort aufgenommen werden.

Die Steuererhöhungen für jugendliche und weibliche Arbeitskräfte in Reichsbetrieben.

Berlin, 2. Sept. Nach achtstündigen Verhandlungen im Reichsfinanzministerium über die Steuererhöhungen für die in Reichsbetrieben beschäftigten jugendlichen und weiblichen Arbeiter und Arbeiterinnen wurde heute zwischen den Regierungsvorstehern und den beteiligten Gewerkschaften folgendes Resultat erzielt: Es erhalten Steuererhöhungen: männliche Arbeiter vom vollendeten 18. bis zum vollendeten 21. Lebensjahr 80 Pfg. die Stunde, jugendliche Arbeiter im 17. und 18. Lebensjahr 50 Pfg. und vom 14. bis einschließlich 16. Lebensjahr 30 Pfg.; weibliche Beschäftigte über 20 Jahren 75 Pfg., vom vollendeten 18. bis 21. Lebensjahr 55 Pfg., im 17. und 18. Lebensjahr 38 Pfg., vom 14. bis einschließlich 16. Lebensjahr 20 Pfg., Lehrlinge im 1. und 2. Jahr 20 Pfg., im 3. Jahr 30 Pfg., im 4. Jahr 40 Pfg. Beide Verhandlungsparteien erklärten sich bereit, das Ergebnis vor ihren Auftraggebern zu vertreten.

Auslieferung Deutscher an die Entente auf Grund des Friedensvertrags.

Köln, 31. Aug. Nach einer Mitteilung der „Kölnischen Zeitung“ sind in letzter Zeit verschiedene Deutsche den französischen Kriegsgerichten durch die deutsche Regierung ausgeliefert worden. Das Kölner Blatt weist darauf hin, daß diese Auslieferungen auf Grund der Bestimmungen des Art. 4 der Rheinlands-Abkommens erfolgt sind, der Deutschland verpflichtet, deutsche Staatsangehörige auszuliefern, die sich eines Vergehens gegen Personen der Verbandsmächte schuldig gemacht haben. Die „Kölnische Zeitung“ weist darauf hin, daß diese Bestimmung im schroffen Gegensatz zu den Rechtsanschauungen aller zivilisierten Staaten steht, die einhellig den Standpunkt vertreten, es könne keinem Lande zugemutet werden, seine eigenen Angehörigen den einheimischen Richtern zu entziehen und einer fremden Regierung auszuliefern. Die neue deutsche Reichsverfassung habe sich diese allgemeine europäische Rechtsanschauung zu eigen gemacht, sie bleibe aber wirkungslos gegenüber den Bestimmungen des Friedensvertrags. Die „Kölnische Zeitung“ wirft die Frage auf, ob die deutsche Regierung nicht beabsichtige, gegen dieses Auslieferungsverlangen Stellung zu nehmen, das besonders von französischer Seite erhoben werde.

Die Würt. Hauptverband...
Genossenschaft...
verein erlassen...
den Berufsge...
der landwirtsch...
gehoben ist, bei...
fürchtung, die...
mentlich für...
höhe geben...
wird, in denen...
bezahlt wurden...
rungen in der...
Berbraucher...
der Angst um...
sind, übermäßig...
zahlen. Durch...
brauchtreife...
fügen, in eine...
fung der notwe...
nicht allein im...
russgenossen...
landwirtschaftl...
gehen, der nach...
Wörde, und Wä...
dem Abfah der...
werden, daß in...
Bevölkerung ge...
Auch heuer...
vorläufige Sch...
worden, das die...
öffentlichen...
höher als im...
16, Roggen 12...
erträge wieder...
29,5 Prozent...
vorläufige Sch...
Der landw...
Nach Mitte...
die landwirtsch...
1921 1204 749...
land, 31,9 Pro...
berge sind. 19...
704 819 Hektar...
Proz., Hackfrü...
Proz., Handels...
Unter den Ge...
zweitere die G...
tembergische B...
ersten Platz un...
jahre die Gerst...
ditte Stelle g...
weit ertragreich...
bleibt von ein...
Zunahme der...
und Futterrübe...
während des K...
als das 4fache...
Rumkehr ist w...
Auf dem C...
Kostlos zugeli...
fest wurden...
80-100 M der...
Waggon einhei...
Be...
Es besteht...
jede W...
Neuzugung...
am dritten Tag...
am Tage zum...
1) schieflich...
halten werden...
verkauft hat, so...
Calw, den...
am Dienstag...
Calw, den...
Klavier...
kommt nach Ca...
leben, wolle ma...
Musik...
Abt.: Pianos...
Geflügel...
Von der let...
la. Ma...
zum Preis von...
Dasselbe wird...
1-4 Uhr in der

Aus Stadt und Land. Calw, den 5. September 1921.

Aufruf an die Landwirte.

Die Württ. Landwirtschaftskammer, der Landwirtschaftliche Hauptverband Württembergs, der Verband landwirtschaftlicher Genossenschaften in Württemberg und der Schwäbische Bauernverein erlassen folgenden Aufruf: An unsere landwirtschaftlichen Berufsgenossen. Nachdem die öffentliche Bewirtschaftung der landwirtschaftlichen Erzeugnisse bis auf wenige Reste aufgehoben ist, besteht in weiten Kreisen der Verbraucher die Befürchtung, daß die Preise für die wichtigsten Lebensmittel, namentlich für Getreide, Kartoffeln und Obst, übermäßig in die Höhe gehen könnten. Wenn von einzelnen Fällen berichtet wird, in denen sehr hohe Preise für landwirtschaftliche Produkte bezahlt wurden, so muß betont werden, daß solche Preissteigerungen in der Hauptsache durch die Käufer selbst, Händler und Verbraucher verursacht sind, die in Spekulationsabsicht oder in der Angst um die Eindedung ihres notwendigen Bedarfs bereit sind, übermäßige Preise für landwirtschaftliche Produkte zu bezahlen. Durch ein solches Vorgehen werden diejenigen Verbrauchertreue, die nicht über dieselben finanziellen Mittel verfügen, in eine begreifliche Unruhe und Sorge um die Beschaffung der notwendigen Lebensmittel versetzt. Wir richten daher, nicht allein im Interesse der Landwirte selbst, an unsere Berufsgenossen die dringende Bitte, mit der Preisbemessung für landwirtschaftliche Produkte nicht über den Rahmen hinauszugehen, der nach den Preisnotierungen des Großhandels auf Börsen und Märkten als angemessen erscheint. Ferner sollte bei dem Abschluß der Erzeugnisse möglichst darauf Bedacht genommen werden, daß in erster Linie der Bedarf der württembergischen Bevölkerung gedeckt wird.

Vorläufige Ernteschätzung.

Auch heuer ist durch die Saatenstandsberichteblätter eine vorläufige Schätzung des Ertrags von Getreide vorgenommen worden, das die Mitteilungen des Statistischen Landesamts veröffentlicht. Hektarerträge für Getreide stellen sich erheblich höher als im Vorjahr, bei Weizen um 22-24 Prozent, Dinkel 16, Roggen 12, Gerste 15, Hafer 6 Prozent. Die Gesamterträge würden danach für Brotfrucht einen Mehrertrag von 20,5 Prozent oder 1 318 498 Zentner ergeben. Doch sind das nur vorläufige Schätzungen.

Der landwirtschaftliche Anbau in Württemberg.

Nach Mitteilungen des Statistischen Landesamts beträgt die landwirtschaftliche Anbaufläche in Württemberg im Jahr 1921 1 204 749 Hektar, wovon 62,9 Prozent Acker und Gartenland, 31,9 Prozent Wiesen, 4,1 Prozent Weiden und 1,1 Prozent Weinberge sind. Von der Fläche des angebauten Ackerlandes mit 704 819 Hektar entfallen auf Getreide und Hülsenfrüchte 58,6 Prozent, Hackfrüchte 18,1 Prozent, Gartengewächse und Gemüse 1,1 Prozent, Handelsgewächse 1,7 Prozent und Futterpflanzen 20,5 Prozent. Unter den Getreidefrüchten steht an erster Stelle der Haber, an zweiter die Gerste, während die von altersher spezifische württembergische Brotfrucht, der Dinkel, der bis vor 15 Jahren den ersten Platz unter den Getreidearten einnahm und bis zum Vorjahre die Gerste an Fläche übertrafen hatte, nunmehr an die dritte Stelle gerückt ist und von dem an Fläche zunehmenden, weit ertragreicheren Weizen nahezu eingeholt wird. Roggen bleibt von einem Jahr zum andern ziemlich unverändert. Die Zunahme der Hackfrüchte um 4000 Hektar ist den Kartoffeln und Zuckerrüben zugute gekommen. Raps und Rüben waren während des Krieges auf das 6fache, Flachs und Hanf auf mehr als das 4fache des Standes vor dem Kriege angepflanzt worden. Nunmehr ist wieder ein Rückgang eingetreten.

Obstmärkte.

Auf dem Obstmärkte in Winnenden waren 45 Säde Mostobst zugeführt, die um 50-60 M für den Zentner abgesetzt wurden. Tafelbirnen wurden mit 60-80 M, Äpfel mit 80-100 M der Zentner bezahlt. — In Ellwangen kam ein Waggon einheimisches Mostobst zu 75 M der Zentner zum Verkauf.

Bekanntmachung.

Es besteht Veranlassung, darauf hinzuweisen, daß jede Wohnungs-Veränderung (Neuzug u. Umzug innerhalb Orts) spätestens am dritten Tage nachher, Wegzug von hier spätestens am Tage zuvor b. Einwohnermeldeamt (Rathaus Zimmer Nr. 1) schriftlich zu melden ist. Borkdrücke können dort erhalten werden. Wer derartige Meldungen in letzter Zeit veräumt hat, wolle sie sofort nachholen.
Calw, den 2. September 1921.
Stadtschultheißenamt: Gö h n e r.

Pferchverkauf

am Dienstag, den 6. September vormittags 8 Uhr.
Calw, den 5. September 1921,
Stadtspflege: J. V. Seitz.

Klavier- und Harmoniumstimmer

kommt nach Calw und Umgegend. Aufträge für denselben, wolle man auf der Geschäftsstelle des Blattes oder bei uns selbst niederlegen.

Musikhaus Sattler, Pforzheim.

Abt.: Pianos u. Stimmstut, Tel. 1210 u. 1782

Geflügelzucht-Verein Calw.

Von der letzten Futterverteilung ist noch ein Quantum la. Mais und Erbsenmehl zum Preis von M. 185.— bzw. M. 195.— pro Htr., übrig. Dasselbe wird am nächsten Dienstag, 6. Sept. nachm. von 1-4 Uhr in der Vereinsbuchhandlung hier ausgegeben.
Vorstand Störz.

kauf. — In Gerlingen OX. Leonberg wurde das Gemeindeobst versteigert, wobei der Zentner auf etwa 100 M kam.

Rebstanbsbericht.

Der „Weinbau“, das Organ des württ. Weinbauvereins, schreibt über die Aussichten für den heurigen Herbst u. a.: Der Sommer 1921 wird in den Annalen des Weinbaus eine besondere Stelle einnehmen. In Hinsicht auf die Dauer und Wärmesumme übertrifft er die beiden trockenen Jahrgänge von 1893 und 1911. Bei den früheren Traubensorten waren Ende August viele Trauben „im Wein“, die späteren Sorten, namentlich Trollinger und Reischling für Niedererträge empfänglich, Präftig grün und gesund steht das Laub. Die Peronospora blieb fern, der gefährlichste Sauerwurm zeigt nur ein ganz schwaches Vorkommen, nur der wahre Reisklau erforderte Bekämpfungsmahnahmen. Alles in allem haben sich die Aussichten auf einen in der Menge befriedigenden, in der Güte hervorragenden Wein gefestigt. Günstiges Traubenwetter vorausgesetzt, werden wir eine frühe Weinlese bekommen.

Bierpreiserhöhung.

Der Württ. Brauereiverband hat die Bierpreise vom 1. September ab erhöht und zwar für Bier in Fässern von 160 auf 200 M das Hektoliter und den Ausschankpreis von 80 M auf 1 M für das Dreieckelgeschäß. Die Fünfeckelgeschäfte kostet nun 1,45 M (bisher 1,20 M), die Siebeneckelgeschäfte 2 M (1,65 M). Die Preiserhöhung wurde begründet mit den sehr erheblichen Lohn- und Gehaltsforderungen der Arbeiter und Angestellten und der Verteuerung von Gerste und Hopfen.

Nebergang der Tätigkeit der Pensionsregelungsbehörden auf die Versorgungsämter.

Vom 1. September ab wird die bisher den Pensionsregelungsbehörden obliegende Anweisung usw. der zahlbaren Militärpensionen und Versorgungsgebühren von den Versorgungsbehörden übernommen. Die Anweisung usw. erfolgt dann bei den nach dem Reichsversorgungsgesetz vom 12. 5. 20 und nach dem Altrentnergesetze vom 18. 7. 21 bewilligten Bezügen durch die Versorgungsämter und bei den nach den übrigen Militärversorgungsgesetzen bewilligten Gehältern durch die Hauptversorgungsämter. In der Abhebung der Gehältern bei den zahlenden Klassen tritt hierdurch keine Änderung ein. Die neue Anweisung für die im Bereiche des Hauptversorgungsamts Stuttgart befindliche Pensionsregelungsbehörde Nr. 44 lautet dann wie folgt: Hauptversorgungsamt Stuttgart, Regelungsabteilung, Notbehilfskassene.

Noch ein Einigungsversuch der Kommunisten.

(SGB) Stuttgart, 2. Sept. Die Kommunisten haben noch zwei Tage vor der Massenkundgebung einen erneuten Versuch zur Bildung einer Einheitsfront unternommen. Sie wandten sich dabei an das Bezirkskartell der Gewerkschaften, das eine Antwort dahin abgab, daß die Gewerkschaftsvertreter ihre Zustimmung zu der Demonstration nicht von der Teilnahme der kommunistischen Partei abhängig gemacht haben, um jede Zersplitterung der Aktion zu vermeiden.

Wildberg, 5. Sept. Von den als Bewerber um die hiesige Stadtvorstandsstelle ausgetretenen Kandidaten ist bereits ein Bewerber, Schultheiß Kentschler in Waldorf, wieder zurückgetreten. Die Stimmung hier ist im allgemeinen für die älteren, womöglich verheirateten Kandidaten. Auffallend ist, daß von den vielen Lehrlingen und Gehilfen, die während der langjährigen Amtszeit des bisherigen Stadtvorstands das hiesige Rathaus positiert haben, sich nicht einer um die Stelle beworben hat. — Der früher zur Brauerei zur Traube gehörige Eiskeller bei der Obenbrücke, der im letzten Jahre von dem Baugeschäft Wörner u. Köhler hier in ein Wohnhaus umgebaut wurde, ging durch Kaufsum 56 000 M an Spieremeister Braun in Pforzheim über.

(SGB) Stuttgart, 31. Aug. Bei der Hauptklasse des Württ. Landesvereins vom Roten Kreuz, der bekanntlich mit der Durchführung der Sammlung für das Oberschlösser-Hilfswerk beauftragt ist, sind bis jetzt rund 300 000 M eingegangen, gewiß eine stattliche Summe, die aber nicht entfernt ausreicht, der ungeheuren Not unserer oberhalbessischen Volksgenossen zu steuern.

Weitere Beiträge sind dringend nötig. Sie werden auf das Postcheckkonto 5900 des Württ. Landesvereins vom Roten Kreuz erbeten, wie auch dessen Kasse, Marzallstraße 1, sowie die Bezirksvertreter im Lande zur Entgegennahme von Gaben jederzeit bereit sind.

(SGB) Stuttgart, 2. Sept. Die hiesige Fleischereinung hat die Fleischpreise für Großstuttgart neu geregelt, zum Teil auch erhöht. Es kosten ab 1. September: Rindfleisch 1. Qualität 11 M, 2. Qualität 9-10 M, Kuhfleisch 5-8 M, Schweinefleisch 17 M (bisher 16), Kalbfleisch 12 M, Hammelfleisch 11 M und Schaffleisch 8 M.

(SGB) Eßlingen, 2. Sept. Die Redarwerke müssen wegen Mangel an guten Kohlen ihr Rationierungsprogramm in der Stromlieferung vom 15. Juni wieder in Kraft setzen. Am 1. September waren die Redarwerke von guten Kohlen völlig entblößt. Das eröffnet trübe Aussichten für den kommenden Winter. Der Strommangel macht sich in zahlreichen Bezirken beim nun beginnenden Druschgeschäft stark bemerkbar.

(SGB) Lauffen a. N., 1. Sept. Der württ. Weinbauverein hält am Sonntag, den 11. September hier seine Herbstversammlung ab. Schultheiß Lamparter spricht über den Weinbau in Lauffen, Professor Dr. Meißner über die Bekämpfung des Heu- und Sauerwurms mit neuzeitlichen Mitteln, Schultheiß Maulk-Mundelsheim über Bestrebungen zur Abänderung des Weingesetzes. Dekonomierat Näherlein gibt Mitteilungen über Rebenlesektion.

(SGB) Bietigheim, 2. Sept. Die Verhandlungen des Gemeinderats mit den Abgebrannten wegen Austausch ihres Grundeigentums für Baugelände an anderer Stelle sind gescheitert. Zur Erwerbung des Geländes der Brandstätte durch die Stadtgemeinde wurde eine Kommission eingesetzt. Ob die Brandstätte wieder überbaut werden soll, hängt von der Entscheidung des Gemeinderats ab. Der Stadtbaumeister wurde beauftragt, einen Vorschlag über die Verwendungsmöglichkeit der Brandstätte, die bekanntlich mitten in der Stadt liegt, zu machen.

(SGB) Ulm, 2. Sept. Eine in Günzburg stattgehabte Versammlung von Landwirten verurteilte die Abgabe von Getreide und Kartoffeln an Schieber und Wucherer. Einem Sammelaußschuß solle Getreide zum Umlagepreis und 20 Prozent, Kartoffeln zum Preis von 20 bis 30 M pro Zentner, überlassen werden zur Versorgung der Bevölkerung in Stadt und Bezirk Günzburg.

(SGB) Von der bayerischen Grenze, 3. Sept. Die Kleinhäuserin Schraniger in Eggendorf (Bayern) mähte auf der Wiese Gras. Sie hatte ihre beiden 4- und 6jährigen Kinder mitgenommen, die sich in das Wiesengras legten. Dabei kam die Frau mit der Sense dieser Stelle zu nahe und mähte ihrem 6jährigen Kind den Kopf vom Rumpfe. Auch das andere Kind wurde schwer verletzt.

(SGB) Friedrichshafen, 2. Sept. Die Fangergebnisse der württembergischen Fischer vom April bis Juli ds. Js. im Bodensee betragen 27847 Kilogramm, was einem Wert von 262 730 M entspricht. Im gleichen Zeitraum des Vorjahres wurden 5 585 Kilogr. im Wert von 220 491 M erbeutet.

Better für Dienstag und Mittwoch.

Die Teilstörungen kisten der Ausbreitung des Hochdrucks noch Widerstand. Am Dienstag und Mittwoch ist noch unbeständiges, aber meist trockenes Wetter zu erwarten.

Für die Schriftleitung verantwortlich: Otto Seitzmann, Calw. Druck und Verlag der A. Döschlger'schen Buchdruckerei, Calw.

Reklameteil.



enthält beste Alpenmilch

Schwarzer Dachshund

schwarz mit braun hat sich

verlaufen.

Abzugeben gegen Futter-

geld bei

Ulrich Holzäpfel,

Ottendronn.

Liebenzell.

Verkaufe eine junge starke,

gute

Milch- und Fahr-

Ruh

oder tausche geg. eine leichtere.

Heinrich Holzäpfel.

1 trachtige

Milch- und Schaff-

Ruh

(ev. unter 3 die Wahl) fest

dem Verkauf aus.

Adolf Raich.

Heute abend 8 Uhr

Sur-

Verammlung.

Niemand veräume die

Anschaffung zeitgemäß.

neuer Möbel in ein

aller Art, mit nur kleinen

Möbelbeschädigungen zu

bedeutend reduzierten

Preisen. Man verlange

nähere Auskunft

Stephan Gerster,

Reutlingen.

Selbständig, besseres

Mädchen

für Küche u. Haushalt

in gute angenehme Stel-

lung gesucht. Angeb. an

Frau Arthur Gerster,

Reutlingen,

Carlstraße 14 I.

Nur ständiges Inferieren führt zum Erfolg!

Alzenberg, den 4. September 1921.

Todes-Anzeige.



Berwandten, Freunden und Bekannten geben wir die schmerzliche Nachricht, daß mein lieber Mann, unser guter Vater, Großvater, Bruder und Schwager

Georg Pfommer

heute Nachmittag von seinem schweren Leiden durch einen sanften Tod erlöst wurde.

Im Namen der trauernden Hinterbliebenen: die Gattin: **Marie Pfommer.**

Beerdigung Mittwoch den 7. September, nachmittags 2 Uhr in Altbürg.

Weltenchwann, den 2. September 1921.

Dankfagung.



Für die vielen Beweise herzlicher Teilnahme anlässlich des uns so jäh betroffenen, herben Verlustes unserer lieben Tochter und Schwester

Barbara

Insbesondere dem Herrn Pfarrer Schmid für seine trostreichen Worte, dem Herrn Oberlehrer Härter und den Schulkameradinnen für ihren erhebenden Gesang am Grabe und vor dem Hause, den Herren Ehrenträgern, sowie für die vielen Kranzspenden und die so überaus zahlreiche Begleitung von Stadt und Land zu ihrer letzten Ruhestätte, auch allen denjenigen welche der so schnell Dahingeshiedenen während ihrer Krankheit Liebe erwiesen haben, sagen auf diesem Wege herzlichsten Dank

Familie Matthäus Weber.

Bad Liebenzell.

Empfehle

Bettzeuge, Damast, Bettücher, Handtücher, Hemdenstoffe, Flanelle zu Unterröcken, Schurz- und Kleiderstoffe, Baumwoll-Tuche.

Nach Wunsch auch Anfertigung der Ware.

Marg. Knoll, Damenschneiderin.

Fahrpläne für den Bezirk Calw erhältlich das Stück zu 50 ¢ in der Geschäftsst. ds. Blattes.

Eingang der Neuheiten

Damen-Mäntel
für Herbst und Winter

Kostüme
in Wolle und Halbwolle

Kostüm Röcke
in Wolle und Halbwolle

Ernst Schall, Calw.



Unblüffner Reinigungskraft bzgl. **FLAMMER** **Trisa und Trisapulver**
HERSTELLER KRAEMER & FLAMMER HEILBRONN

Gedenket der Not in Oberschlesien!

A. OELSCHLÄGER'SCHE BUCHDRUCKEREI CALW



Anfertigung von Zeitschriften, Werken, Prospekten, Katalogen usw.

Wirtschaft, Gasthof oder Hotel,

bei hoher Anzahlung von Selbstkäufer zu kaufen gesucht. Gest. Angebote mit ausführl. Beschreibung unter G. R. 182 an die Geschäftsstelle dies. Blatt.

Einen großen und starken

Ovalofen

mit einem eisernem Vorherd verkauft oder tauscht gegen

Kochofen

auch gegen alten. Preis 450 Mark.

Sonstige Kochofen und Herde, gebrauchte und neue stets auf Lager.

Paul Bölter jr.
Hafnermeister,
Heimsheim.

Ihre Vermählung geben bekannt

Eduard Schröck
Pauline Schröck
geb. Reinhardt

Neuhäusen Calw

3. September 1921.

Hochzeits-Einladung.

Wir beehren uns, Verwandte, Freunde und Bekannte zu unserer am Donnerstag, 8. Septbr. 1921 stattfindenden

Hochzeits-Feier

in das Gasthaus zum „Hirsch“ in Liebelsberg freundlichst einzuladen.

Freig Funk, Bauer,
Sohn der Barbara Braun, Witwe, Liebelsberg.

Marie Bäuerle,
Tochter des Johann Georg Bäuerle, Neuhäusl,
Kirchgang um 1 Uhr in Neuhäusl.

Wir bitten, dies statt jeder besonderen Einladung entgegenzunehmen.

Paul Räuchle, Calw

Imprägnierter, feldgrauer
Selbstbahnstoff ist wieder eingetroffen.

Für die noch brach daliegenden u. im Herbst eingehenden Gelder empfehlen wir:
als günstige Kapitalanlage:
4 1/2 % u. 5 % ige erstklassige hypothekarisch sichergestellte **Industrie - Obligationen.**
Spar- u. Vorschussbank Calw.

Universalmühle

mahlt alle möglichen Produkte „MAG“ Maschinenfabrik A.-G. Geislingen-Steige, (Württemberg).

Freig Hoffmann,
Schweine - Verkauf



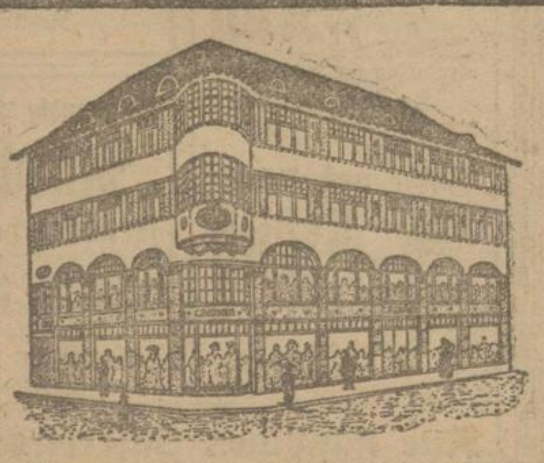
Fellbach
bei Stuttgart
Fernsprecher 144.

Größte, modernste Betriebsanlage. Regelmäßiges Eintreffen großer Transporte erstklassiger kleiner und großer

Hannov. Einstell-Schweine

(Hoyaer Schlag) zur Mast und Zucht wohl weitans geeignete Tiere. Reise hierher immer lohnend. NB. Diese Woche großer, frischer Bestand zu ausnahmsweis billigen Preisen.

Sendet deutsche Zeitungen ins Ausland



Damen- und Mädchen-Bekleidung.

Mäntel, Kostüme, Taillenkleider, Röcke, Blusen, Morgen-Röcke, Unterröcke.
C. Berner, Pforzheim, Ecke Metzger- u. Blumenstr.